

Die Rätebewegung 1918/19 im Taubertal

Die Revolution 1918/19, durch die das Kaiserreich gestürzt und die Weimarer Republik geschaffen wurde, gehört zu den zahlreichen Ereignissen aus den Jahren vor 1933, die in der breiten Öffentlichkeit weitgehend in Vergessenheit gerieten. Es war eine Revolution von links, die Kaiser Wilhelm II. am 9. November 1918 zur Abdankung zwang. Sie wurde zwar nicht von der SPD gemacht, doch stellte sich die SPD an die Spitze, um die Revolution zu mäßigen. Ein sechsköpfiger „Rat der Volksbeauftragten“ wurde gebildet, der paritätisch aus Vertretern der SPD und ihrer linken Abspaltung, der USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands), zusammengesetzt war und die vorherige Reichsregierung unter dem Prinzen Max von Baden ablöste. Der in Heidelberg geborene Friedrich Ebert (SPD) stand faktisch an der Spitze dieses Rates und nannte sich selbst „Reichskanzler“ – eine Amtsbezeichnung, die es bis zum Februar 1919 offiziell nicht gab. In vielen Städten entstanden – analog zum Rat der Volksbeauftragten – spontan „Arbeiter- und Soldatenräte“, die zum großen Teil ebenfalls von der SPD und USPD dominiert wurden und auf örtlicher Ebene häufig – vor allem in Industriestädten – die politische Macht innehatten. Auch wenn der SPD und vor allem Friedrich Ebert von linken Kritikern oft der Vorwurf gemacht wird, die Revolution „abgewürgt“ oder „verraten“ zu haben, da die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 die Entwicklung wieder in geordnete Bahnen führte und die im August 1919 verabschiedete Reichsverfassung den Arbeiter- und Soldatenräten keinerlei politische Kompetenz zuwies, so war die Revolution dennoch keineswegs völlig erfolglos, sondern führte zu zahl-

reichen Wandlungen im politisch-sozialen Leben. So wurde etwa das Frauenwahlrecht im Deutschen Reich für alle Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen eingeführt. Zwar hatte es schon im Kaiserreich bei Reichstagswahlen gleiches Männerwahlrecht gegeben, doch war in vielen Ländern auf Landesebene (z. B. Preußen, Sachsen, Bremen) oder auf kommunaler Ebene (z. B. Baden) nach Drei- oder Vierklassenwahlrecht gewählt worden. Erst die Revolution führte flächendeckend zum allgemeinen, gleichen Wahlrecht und schuf so die erste Demokratie auf deutschem Boden. Erstmals wurden auch die Gewerkschaften von den Arbeitgeberverbänden als offizielle Verhandlungspartner anerkannt. Dies bedeutete durch- aus eine Stärkung der Arbeiterbewegung.¹

Auch in Baden bildeten sich in vielen Städten Arbeiter- und Soldatenräte. Der Großherzog musste abdanken, und am 10. November 1918 wurde Anton Geiß (SPD) Regierungschef anstelle des Freiherrn von Bodman. In Baden wurden jedoch neben der USPD auch die Zentrumspartei sowie Links- und Nationalliberale (DDP, DVP) in die Regierungskoalition aufgenommen.²

Über die Vorgänge im ländlichen Raum Badens während der Revolution liegen bislang nur wenige Studien vor.³ Der vorliegende Beitrag hat daher zum Ziele, in diese Forschungslücke zu stoßen und Verlauf und Ziele der Rätebewegung in den Amtsbezirken Tauberbischofsheim und Wertheim zu untersuchen.

Beide Amtsbezirke waren bis zum Ersten Weltkrieg nur sehr schwach industrialisiert und hatten nur einen sehr geringen Arbeiteranteil. Außer einigen Steinbruchbetrieben, die während des Ersten Weltkrieges und zum

Teil schon davor stillgelegt worden waren, existierten nur wenige größere Betriebe. Hervorzuheben sind darunter sicher die Herdfabrik in Wertheim und die Schulmöbelfabrik in Tauberbischofsheim.⁴ Daneben gab es am Eisenbahnknotenpunkt Lauda zahlreiche Eisenbahnarbeiter.

Die SPD war im Kaiserreich noch schwach. In Wertheim gab es ab 1907 einen Ortsverein der SPD, der noch vor dem Ersten Weltkrieg einging. In Grünsfeld existierte ein weiterer Ortsverein, der um 1910 gegründet wurde und bei Ausbruch des Weltkriegs noch bestand.⁵ Während in der Stadt Wertheim und in protestantischen Orten des Umlandes die Nationalliberale Partei dominierte, war im fast rein katholischen Amtsbezirk Tauberbischofsheim sowie in den katholischen Orten des Amtsbezirkes Wertheim (Freudenberg, Külsheim usw.) das Zentrum bei weitem stärkste politische Kraft.

Der Erste Weltkrieg war nicht zuletzt durch die britische Seeblockade und den damit verbundenen Hunger im Deutschen Reich geprägt. Im ländlichen Raum war zwar das Versorgungsproblem nicht annähernd so schlimm wie in Großstädten, doch machte es sich auch hier bemerkbar, indem etwa Touristen aus Großstädten, vor allem aus Frankfurt, nach Wertheim reisten, um sich zusätzliche Rationen an Nahrungsmitteln zu ergattern. Im Jahr 1917 waren monatelang alle Gasthöfe in Wertheim überfüllt, so dass das Bürgermeisteramt sich gezwungen sah, Maßnahmen zur Eindämmung des Tourismus vorzunehmen.⁶ Im folgenden Jahr ist es wohl kaum besser geworden, sah sich doch die „Wertheimer Zeitung“ immer wieder gezwungen, allerlei Gerüchten entgegenzutreten. Ein solches Gerücht besagte etwa, das Weißzeug verschiedener Familien würde beschlagnahmt werden; ein weiteres, Hindenburg sei erschossen worden; noch ein weiteres, die Kasse einer Gemeinde im Amtsbezirk Wertheim sei beschlagnahmt worden, um die Gemeinde zum Zeichnen der neunten Kriegsanleihe zu zwingen.⁷ Auch in Tauberbischofsheim machte sich gegen Ende des Krieges Unzufriedenheit breit. Dass das erwartete Ergebnis für die neunte Kriegsanleihe nicht zustande kommen würde, zeichnete sich rasch ab. Der „Tauber- und Frankenbote“, der eindeutig zum rechten Flügel der Zentrumspar

tendierte, berichtete im Oktober und November 1918 nicht nur über zahlreiche „Vaterländische Versammlungen“, auf denen zur Anleihezeichnung aufgerufen wurde, sondern erklärte auch den 3. November zum Volkszeichnungstag.⁸

Die vorhandene Unzufriedenheit im Taubertal kanalisierte sich jedoch nicht nur nach links. So existierte etwa in Wertheim eine Ortsgruppe der Deutschen Vaterlandspartei,⁹ zu der sich verschiedene nationalistische Gruppierungen zusammengeschlossen hatten.

Der November 1918 bescherte daher dem Taubertal nicht einfach ein Emporkommen linker Organisationen. Am 9. und 10. November berichtete der Tauber- und Frankenbote intensiv über das Aufkommen der Rätebewegung, verbunden mit dem Aufruf: „Wahret Ruhe und Ordnung!“ Am 10. November nachmittags fand eine Versammlung der Mannschaften des Standorts Tauberbischofsheim statt, auf der ein Soldatenrat gewählt wurde. Jeder Teilnehmer der Versammlung sollte sich, so der Vorsitzende des Soldatenrates, für „Ruhe, Ordnung und Sicherheit einsetzen“. Das Bezirksamt forderte die Bauern auf, das geerntete Getreide abzuliefern, um die Versorgung der Städte sicherzustellen. Am 13. November sollte, so wurde gesagt, eine Versammlung der Bauern, Bürger, Arbeiter und Beamten stattfinden, um einen „Bauern-, Bürger-, Arbeiter- und Beamtenrat“ zu wählen. Der Aufruf dazu war unterzeichnet von Bürgermeister Schnupp, Gustav Hopf (Direktor der Zentrale landwirtschaftlicher Lagerhäuser) und dem Landwirtschaftslehrer Sack.¹⁰

Am 13. November erschien ein Aufruf des Soldatenrates, der im Falle von Raub, Mord, Plünderung oder Gewalttätigkeit Erschießung ankündigte. Rückhaltlose Unterstützung des Soldatenrates durch Beamte und Bevölkerung wurde gefordert. Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und des Privateigentums sollte der „Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat“ treffen. Der „Schutz des Privateigentums“ deutet bereits eindeutig darauf hin, dass der Soldatenrat Tauberbischofsheim keine linksradikale Organisation war.

Am gleichen Tag (13. 11.) wurde auf einer Versammlung unter Leitung von Bürgermeister Schnupp, Redakteur (des Tauber- und Frankenboten) Kiefer und Direktor Hopf ein

Arbeiter- und Bauernrat gebildet. Auch Feldweibel Kamm, der Vorsitzende des Soldatenrates, war beteiligt.¹¹ Bei letzterem handelte es sich vermutlich um jenen Lehramtspraktikanten C. Kamm, der bei den Kommunalwahlen 1919 für die liberale DDP (Deutsche Demokratische Partei) kandidierte.¹² Am 22. November konnte der Tauber- und Frankenbote auch die Wahl eines Bürgerrates verkünden, der von Kaufhausbesitzer Vinzenz Firsching geleitet wurde. Vom gleichen Tag datiert die Meldung, dass Landwirtschaftslehrer Anton Sack den Vorsitz im Bauernrat übernommen habe. Sack war aktiver Zentrumsmann und sollte ab 1921 seine Partei im Landtag vertreten. Näheres über die Zusammensetzung der Räte im Amtsbezirk Tauberbischofsheim ist unbekannt. Da jedoch zu den Einberufern und Leitern der Gründungsversammlung am 13. November Redakteur Kiefer, Direktor Hopf und Landwirtschaftslehrer Sack gehörten, die in der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg immer wieder als Redner auf Veranstaltungen des Zentrums oder des Katholischen Volksverein auftraten, dürfen wir eine Dominanz von Anhängern der Zentrumspartei unter den Räten vermuten.

In Wertheim wurde ein Arbeiterrat erst einige Tage später begründet. Am 14. November hätte ein provisorischer Arbeiterrat gegründet werden sollen, der jedoch nicht zustande kam. Auf den 17. November wurde eine weitere Versammlung einberufen. Alle Schichten der Bevölkerung wurden eingeladen. Die Aufgaben des neuen Gremiums definierte die Wertheimer Zeitung folgendermaßen: „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, Sicherheit für unsere Heimat, Leben und Eigentum gehören zu den derzeit dringendsten Aufgaben des Arbeiterrats.“¹³ Die Versammlung fand auf dem Turnplatz statt, weil sich der zunächst vorgesehene Saal des Gasthauses „Kette“ als zu klein erwies, um die Menschenmenge aufzunehmen. Auch hier war das bürgerliche Element dominant. Vorsitzender des Arbeiterrates wurde kein Arbeiter, sondern mit Friedrich Wilhelm Düker der Direktor der Herdfabrik und damit der größte Industrielle des Amtsbezirks.¹⁴ Stellvertreter wurde Fritz Schubert. Weitere Mitglieder wurden Heinrich Schaaf, Heinrich Schön, Fritz Genheimer, Georg Winzheimer,

Christian Schmehl, Stanislaus Renk, Emil Schelhaas, Johannes Frank, Heinrich Volk und Eberhard Lambinus. Als Ersatzmänner fungierten Johann Bischof, Kilian Herold, Friedrich Seelig, Christian Wiesler und Christof Diehm.¹⁵ Zwar gibt die Wertheimer Zeitung nicht die Berufe der Arbeiterräte an, aber über Kandidatenlisten bei der Stadtverordnetenwahl 1919 sowie ein Adressbuch von 1931¹⁶ lassen sich dennoch Aussagen über die Zusammensetzung des Wertheimer Arbeiterrates in sozialer und parteipolitischer Hinsicht machen. Obwohl dem Namen nach ein „Arbeiterrat“, waren viele Schichten der Bevölkerung vertreten – nicht jedoch Bauern, von denen später zu berichten sein wird. Der stellvertretende Vorsitzende Fritz Schubert war Kaufmann, ebenso Ersatzmann Christian Wießler. Ersatzmann Friedrich Seelig war Schuhmachermeister. Arbeiter waren unter den Mitgliedern die beiden Former Heinrich Schaaf und Georg Winzheimer sowie der im Einwohnerbuch von 1931 nur als „Arbeiter“ ausgewiesene Christian Schmehl und unter den Ersatzleuten der Tüncher Kilian Herold. Maurermeister waren Emil Scheelhaas und Johann Bischoff. Stanislaus Renk war Justizinspektor und somit Beamter. Bei den Kommunalwahlen 1919 kandidierten Emil Schelhaas, Johann Bischoff und Heinrich Schaaf für die SPD, während Kilian Herold, Fritz Schubert und Friedrich Seelig auf der gemeinsamen Liste von DDP, Zentrum und dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten zu finden sind.

In Tauberbischofsheim wie in Wertheim war die Rätebewegung, wie gezeigt wurde, keine „linke“ Angelegenheit. In der Hektik der Novembertage, in Süddeutschland vor allem nach dem Umsturz in Bayern am 7. November, wurden aufgeregt überall Arbeiter- und sonstige Räte gegründet, die im ländlichen Raum häufig nur eine Art Legitimitätsersatz darstellten. So waren die Räte in Tauberbischofsheim und in Wertheim auch wenig aktiv. In beiden Fällen kooperierte der jeweilige Arbeiterrat eng mit dem Stadtrat. Sowohl in Tauberbischofsheim als auch in Wertheim gewährte letzterer dem Arbeiterrat mehrfach Vorschüsse aus der Gemeindekasse.¹⁷ In beiden Fällen beaufsichtigten die Räte den jeweiligen Kommunalverband, der für die Versorgung der

Bevölkerung mit rationierten Gütern (Nahrungsmittel, Kleidung, Schuhwerk) zuständig war. In solchen Fragen scheint von der Bevölkerung in der Tat den Räten mehr Vertrauen entgegengebracht worden zu sein als den Bezirksbeamten, die an der Spitze der Kommunalverbände standen. So unterstützte der Arbeiterrat Tauberbischofsheim in einem Fall den Kommunalverband, indem er darauf hinwies dass wirklich keine Kleidungsstücke mehr vorhanden seien, so dass keine ausgegeben werden könnten – was offenbar zu verbreiteter Unzufriedenheit geführt hatte.¹⁸ In einem anderen Fall forderte er vom Stadtrat die Absetzung des kommunalen Milchkontrolleurs – ein Gesuch, dessen Berechtigung der Stadtrat immerhin überprüfte.¹⁹ In Wertheim beaufsichtigte der Arbeiterrat die Fleischversorgung.²⁰ Ansonsten war sein Anliegen die Wahrung von Ruhe und Ordnung. In diesem Sinne wurde vom Vorsitzenden Düker eine vom Bürgermeisteramt verkündete Ausgangssperre für Jugendliche mitunterzeichnet.²¹ Durch Verordnung der badischen Volksregierung vom 18. Dezember 1918 war es in Gemeinden über 1000 Einwohner Arbeiterräten möglich, ein bis zwei Vertreter in den Gemeinderat hinzuwählen zu lassen, wenn die Arbeiterschaft bislang nicht ausreichend vertreten war.²² Von diesem Recht wollte der Arbeiterrat in Tauberbischofsheim Gebrauch machen, was der Stadtrat jedoch zunächst (31. Januar) ablehnte, weil der Vorschlag nur Arbeitgeber enthalte, ehe er am 13. März doch noch seine Zustimmung gab und aus der Vorschlagsliste des Arbeiterrates Valentin Kuhn kooptierte.²³ Auch in Lauda gab es einen Arbeiter- und Soldatenrat, dessen Existenz nur dadurch bezeugt ist, dass der Gemeinderat am 13. Januar 1919 der Zuwahl eines Gemeinderates aus der Vorschlagsliste des Arbeiter- und Soldatenrates seine Zustimmung gab.²⁴ Erstaunlich ist, dass die Ratsprotokolle von Grünsfeld keinen Arbeiterrat nennen, obwohl im Amtsbezirk Tauberbischofsheim nur hier die SPD bei Ausbruch des Weltkrieges organisiert war. Im Amtsbezirk Wertheim lässt sich außerhalb von Wertheim nur noch ein „Bauern- und Ortsrat“ in Freudenberg belegen. Er mischte sich Anfang März 1919 in einen Lohnkonflikt zwischen der Stadt und Arbeitern, die

von dieser mit Wegebau beschäftigt worden waren, ein.²⁵

Während im November 1918 überall im Deutschen Reich Volkswehren gebildet wurden, schien dies im Taubertal nicht nötig zu sein. In Wertheim war im Dezember zweimal die Bildung von Volkswehren zur Sprache gekommen, wurde aber beide Male vom Stadtrat abgelehnt.²⁶ Erst am 27. Februar, wenige Tage, nachdem in Mannheim die Räterepublik ausgerufen worden war, rief das Bürgermeisteramt doch noch zur Bildung einer Volkswehr auf und begründete dies mit der Zunahme „spartakistischer“ Aktivität.²⁷ Auch in Tauberbischofsheim beschloss der Stadtrat erst am 13. März 1919, die Gründung einer Volkswehr in die Wege zu leiten.²⁸ Anfangs fanden sich aber nur wenige Beitrittswillige. Erst Mitte April, nachdem nicht nur in München, sondern auch im gar nicht so fernen Würzburg²⁹ die Räterepublik ausgerufen worden war, wurde die Volkswehr wirklich gegründet.³⁰ Von der Volkswehr in Tauberbischofsheim hören wir nach ihrer Gründung nichts mehr. Anders jedoch in Wertheim. Dazu berichtete das Jahrbuch des Historischen Vereins: „Bedrohlich sah es am Ostersonntag aus, wo die Spartakusleute von Mondfeld aus den Kriegspfad beschritten hatten. Diesmal war die Volkswehr ... auf ihrem Posten, es wurde auf dem Rathause und vom Schloß herab Sturm geläutet und der böse Feind verscheucht.“³¹ In der Zentrumshochburg Mondfeld war aber im Januar 1919 bei den Wahlen zur badischen und zur deutschen Nationalversammlung keine Stimme für die USPD abgegeben worden, und eine genauere Analyse ergibt auch, dass es sich keineswegs um „Spartakusleute“ gehandelt hat. In Wertheim hatten einige Unternehmen auf den 13. April den Verkauf von Eisenwaren und anderen Gegenständen, die sie von der Heeresverwaltung erworben hatten, auf dem Mainplatz angekündigt. Die Buden waren schon aufgeschlagen, aber weil eine so gewaltige Menschenmenge zusammengekommen war, dass das Personal an Verkäufern bei weitem nicht ausreichte, wurde die Veranstaltung im letzten Augenblick abgesagt. Daraufhin stürmte die wütende Menge die Buden, und es kam zu Verhaftungen. Unter den Verhafteten befand sich ein Mondfelder. Am 19. April kam es zu einer Zusammenrottung in Mondfeld, anlässlich

welcher die Bevölkerung ihren Ärger über diese Verhaftung kundtat. Als davon Kunde nach Wertheim drang, entstand das Gerücht, die Mondfelder wollten nach Wertheim marschieren, um ihren Dorfgenossen zu befreien. Daraufhin ließ Bürgermeister Bardon die Volkswehr zusammenrufen. Nachdem jedoch bekanntgeworden war, dass gar kein „Marsch auf Wertheim“ stattfand, gingen die Volkswehrleute wieder nach Hause.³² Als „Spartakusleute“ bezeichnete der Chronist des Jahrbuches des Historischen Vereins, dessen Jahresberichte im übrigen die ganzen zwanziger Jahre hindurch in deutschnationalem Geist geschrieben sind, offenbar schlicht und einfach Unruhestifter aller Art.

Im allgemeinen kam im ländlichen Raum die Rätebewegung im Juni 1919, nachdem die neugewählten Gemeindeverordneten und Gemeinderäte zusammengetreten waren, zum Erliegen. In Tauberbischofsheim fand noch am 25. Mai eine Versammlung des Bauernrates, der vorher monatelang kaum eine Rolle gespielt zu haben scheint, statt, auf der der Vorsitzende Anton Sack das Hauptreferat hielt. Gefordert wurden auf dieser Versammlung die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Aufteilung des Land- und Waldbesitzes des Fürstenhauses Leiningen im Amtsbezirk Tauberbischofsheim.³³ Danach verschwindet der Bauernrat aus der Geschichte. Anders jedoch in Wertheim. Hier setzt die Bauernrätebewegung erst ein, als die Rätebewegung sonst überall schon zu Ende war. Einige Bauerndörfer waren vorher schon durch untypisches Wahlverhalten aufgefallen. So hatte die SPD schon bei der Reichstagswahl 1912 in Kembach 57,6% der Stimmen auf sich vereinigen können. Bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 steigerte sie ihr Ergebnis nochmals auf 67,7%. Auch in anderen Dörfern der Region werden von 1912 auf 1919 gewaltige Steigerungsraten erzielt, vor allem in Dietenhan (38,6%/70,1%), Dertingen (3,7%/35,1%), Lindelbach (0,0%/33,9%) und Eichel (11,9%/72,8%). Bedenkt man, dass Dertingen, Lindelbach und Eichel vor dem Krieg Hochburgen der Deutsch-Konservativen Partei gewesen waren, so bedeutet dies eine gewaltige Linksverschiebung! Der Grund hierfür liegt ohne Zweifel im aufkommenden Unmut über den Besitz der beiden

Fürstenhäuser von Löwenstein-Wertheim, deren Großgüter die Besitzungen der einzelnen Gemeinden stark einschränkten. Bezugnehmend auf die Versammlung des Bauernrates Tauberbischofsheim vom 25. Mai, sandte ein Landwirt Anfang Juni einen Leserbrief an die Wertheimer Zeitung, in welchem er die Frage stellte: „Wo bleibt denn eigentlich unser Bezirksbauernrat? Haben wir denn einen solchen, oder keinen?“ Die Frage der Aufteilung des fürstlichen Land- und Waldbesitzes wurde gestellt und auf die Revolution verwiesen: „Wir Bauern müssen unbedingt... das Eisen schmieden, solange es warm ist.“ Drei Tage später erschien ein Leserbrief des Vorstandes der Ortsgruppe Bestenheid des Badischen Bauernbundes, in welchem auf die Landarmut der Bestenheider Bauern verwiesen wurde. Allein der im Eigentum der Fürsten befindliche Reinhardshof sei fast so groß wie die Gemarkung Bestenheid, aber wesentlich unproduktiver und habe im Krieg deutlich weniger abgeliefert.³⁴ Die „Wertheimer Landhungerfrage“, wie sie von der Presse später genannt werden sollte, war geboren. Noch im Laufe des Juni bildete sich ein Bezirksbauernrat unter Vorsitz des Dertinger Bürgermeisters Andreas Diehm, der am 13. Juli im Kettensaal in Wertheim eine Versammlung abhielt. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden forderten mehrere Redner in ihren Referaten die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Der Vorsitzende des (möglicherweise nicht mehr bestehenden) Bezirksbauernrates Tauberbischofsheim, Anton Sack, forderte im Hauptreferat die Enteignung der Güter und Waldungen der Fürsten von Wertheim. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall.³⁵

Zwar endete damit schon im Juli die Tätigkeit des Bezirksbauernrates, doch sollte sie Früchte tragen. Die Forderung nach Enteignung des fürstlichen Grund- und Waldbesitzes wurde im Dezember 1919 vom Bezirksbauernverband Wertheim aufgegriffen. In einer Artikelserie in der Wertheimer Zeitung im Dezember forderte Eugen Müller, seines Zeichens Verbandssekretär des Badischen Bauernbundes (später Badischer Landbund), der der DNVP (Deutsch-Nationale Volkspartei) nahestand, abermals die Enteignung der Fürsten. Am 12. Dezember gelang Müller die Gründung eines Bezirksbauernverbandes, dem bis Januar

1920 nicht weniger als 1800 Mitglieder zuströmten.³⁶ Die Frage der Fürstenenteignung dominierte das ganze Jahr 1920 über den Lokalteil der Wertheimer Zeitung. In einer Artikelserie vom Februar/März 1920 zog Gewerbeschulvorstand Fink, der der DDP angehörte, statistische Belege heran für die These, dass Kleinbauern rentabler produzieren als Großgrundbesitzer. Auf einer DDP-Versammlung Anfang März machte Fink in einer Rede geltend, dass der Bauernstand bislang in jeder Revolution radikal aufgetreten sei. Die Französische Revolution habe die Feudalrechte abgeschafft, die Kirchen- und Emigrantengüter eingezogen und somit eine Verschiebung zugunsten des Bauernstandes geschaffen. Die Revolution von 1848 habe zur Aufhebung der Grundlasten geführt. Auch die jetzige Revolution müsse „ganz in russischem Sinne“ die Aufteilung des Großgrundbesitzes fordern.³⁷ Im Zuge des Wahlkampfes für die Reichstagswahl 1920 nahmen die Wertheimer Ortsgruppen aller Parteien die Forderung nach Fürstenenteignung für sich in Anspruch. Die DNVP behauptete, von ihrer Seite sei zuerst die Forderung nach Aufteilung des Großgrundbesitzes erhoben worden, dagegen ließ die SPD in ihrem Wahlaufruf vernehmen: „Bauern, keine Stimme den rechtsstehenden Parteien, denn sie haben den Großgrundbesitz unterstützt.“³⁸

Ende Oktober erreichte der Konflikt einen neuen Höhepunkt, als der Bezirksbauernverband eine Denkschrift an die Wertheimer Zeitung sandte, in der es unter anderem hieß: „Jahrhunderte hindurch lastet auf uns Kleinbauern im Bezirk Wertheim die Zwangsjacke der früheren Raubritter und jetzigen fürstlichen Standesherrn durch ihren übermäßigen Überbesitz von Ackerland, Wiesen und Wald auf unseren Gemarkungen.“ Die Klassifikation der Fürsten als „frühere Raubritter“ führte freilich zu einer wütenden Gegeneinsendung von Seiten der fürstlichen Domänenverwaltung.³⁹ Bis Anfang 1921 versandete jedoch die Bauernbewegung, da sich abzeichnete, dass das badische Rausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz den Erwartungen der Bauern nicht entsprechen würde.

Der Umstand, dass der Badische Bauernbund – also eine den Rechtsparteien nahestehende Organisation – sich die Forderung nach

Fürstenenteignung zu eigen machte, hatte jedoch deutliche Folgen im Hinblick auf das Wahlverhalten der betreffenden Gemeinden. Obwohl die Forderung nach Enteignung von Großgrundbesitz eigentlich eine linke Forderung ist, brachte die Reichstagswahl 1920 in den Wertheimer Landorten wieder eine Verschiebung nach rechts und deutliche Verluste der SPD. Weiter links stehende Parteien (USPD, KPD) konnten kaum Stimmen gewinnen. Die DNVP hatte in den protestantischen Landorten um Wertheim nun eindeutig die Oberhand. In Eichel, wo die SPD 1919 über 70% der Stimmen erzielt hatte, ging sie auf drei Stimmen zurück. Ähnliche Einbrüche gab es in Kembach, Lindelbach und – nicht ganz so stark – in Dietenhan. Die Landtagswahl von 1921, bei der der Landbund als eigene Partei auftrat, machte diesen zur dominierenden Kraft. Die SPD erzielte nun in den Wertheimer Landorten fast überhaupt keine Stimmen mehr. Bei allen folgenden Wahlen sollten die protestantischen Landorte um Wertheim sich als Hochburgen der DNVP bzw. des Landbundes, wenn dieser antrat, erweisen, um schließlich ab 1929 der NSDAP in die Arme zu laufen.

Die Revolution von 1918/19 manifestierte sich im ländlichen Raum auch in anderer Weise als in der bloßen Existenz von Räten unterschiedlicher Art. Sie bedeutete für das Taubertal eindeutig eine organisatorische Stärkung der SPD. In der Zentrumshochburg Tauberbischofsheim gelang am 24. November 1918, also noch unter dem Eindruck der entscheidenden Revolutionstage, erstmals die Gründung eines Ortsvereins der SPD.⁴⁰ Auch der Ludaer Ortsverein dürfte 1918 oder 1919 entstanden sein. Ebenso trat in Wertheim um diese Zeit der schon vor Kriegsausbruch eingeschlafene Ortsverein wieder ins Leben.⁴¹ Der Umstand, dass bei Kriegsausbruch im Gebiet der Amtsbezirke Tauberbischofsheim und Wertheim nur in Grünsfeld ein Ortsverein existiert hatte, während es bald nach der Novemberrevolution deren vier gab, markiert einen deutlich sichtbaren Aufschwung der SPD im Untersuchungsgebiet, auch wenn alles in allem die Rätebewegung hier keine linke Bewegung war bzw. – soweit es den Wertheimer Bezirksbauernrat anbelangt – rasch in konservative Bahnen umgeleitet wurde.

Anmerkungen

- 1 Zur Revolution und Rätebewegung 1918/19 allgemein: Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik, Düsseldorf; Ulrich Kluge, Die deutsche Revolution 1918/19, Frankfurt 1985.
- 2 Peter Brandt/ Reinhard Rürup, Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19, Sigmaringen 1991.
- 3 Zu den wenigen Ausnahmen gehört Helmut Neumaier, Ländlicher Raum zwischen Monarchie und Republik. Die Rätebewegung in den badischen Amtsbezirken Adelsheim und Boxberg, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 128/1980, S. 415-462.
- 4 Wolfram Förster, Wirtschaft, Gesellschaft und Verkehr in Nordostbaden 1806-1914, Mannheim 1990, S. 271 ff.
- 5 Markus M. Wieland, Zur Frühgeschichte der SPD im badischen Hinterland, in: Wertheimer Jahrbuch 2000, S. 287-295.
- 6 Jahrbuch des Historischen Vereins Alt-Wertheim 1917, S. 25 f.
- 7 Wertheimer Zeitung (WZ), 29. 5., 27. 7., 18. 9. 1918.
- 8 Tauber- und Frankenbote (TF), 3. 11. 1918.
- 9 WZ, 19. 1. 1918.
- 10 TF, 12. 11. 1918.
- 11 TF, 15. 11. 1918.
- 12 TF, 25. 5. 1919.
- 13 WZ, 15.-17. 11. 1918.
- 14 Jahrbuch des Historischen Vereins Alt-Wertheim 1918, S. 20; zu Düker: S. 22.
- 15 WZ, 19. 11. 1918.
- 16 WZ, 22. 5. 1919; Einwohnerbuch für die Bezirksamter Tauberbischofsheim und Wertheim, Würzburg 1931.
- 17 Stadtarchiv Tauberbischofsheim B 52 (Ratsprotokollbuch), 30. 11. 1918; 31. 1. 1919; Stadtarchiv Wertheim Pr-103, 23. 1. und 3. 4. 1919.
- 18 TF, 27. 11. 1918.
- 19 StA Tauberbischofsheim B 52, 23. 12. 1918.
- 20 StA Wertheim Pr-103, 6. 2. 1919.
- 21 WZ, 8. 12. 1918.
- 22 Gedruckt in: Peter Brandt/Reinhard Rürup (Hrsg.), Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden, Düsseldorf 1980, S. 438 f.
- 23 StA Tauberbischofsheim B 52.
- 24 StA Lauda-Königshofen, SL 5134.
- 25 Kreisarchiv Wertheim: Freudenberg B 119.
- 26 StA Wertheim Pr-103, 5. 12. und 19. 12. 1918.
- 27 WZ, 1. 3. 1919.
- 28 StA Tauberbischofsheim B 52.
- 29 Zu den Vorgängen in Würzburg: Ullrich Weber, Würzburg. Vom Novemberumsturz zur Räterepublik, in: Mainfränkisches Jahrbuch 25/1973, S. 81-134.
- 30 TF, 13. 4. und 18. 4. 1919.
- 31 Jahrbuch des Historischen Vereins Alt-Wertheim 1919, S. 13.
- 32 WZ, 16. 4.-3. 5. 1919.
- 33 TF, 29. 5. 1919.
- 34 WZ, 8. 6., 11. 6. 1919.
- 35 WZ, 22. 6., 15.-22. 7. 1919.
- 36 WZ, 7.-17. 12. 1919; 10. 1. 1920.
- 37 WZ, 25. 2.-9. 3. 1920.
- 38 WZ, 26. 2.; 5. 6. 1920.
- 39 WZ, 31. 10., 6. 11. 1920.
- 40 Volksstimme (Mannheim), 11. 12. 1918.
- 41 Die Volkszeitung (Heidelberg) erwähnt ab 28. 1. 1920 häufig den SPD-Ortsverein Lauda unter dem Vorsitzenden Künzig. Da die Volkszeitung erst ab Oktober 1919 erschien und das Mannheimer SPD-Organ Volksstimme durch Kriegsverluste nur in Resten vorhanden ist, kann angenommen werden, dass in Lauda ein Ortsverein schon 1918 oder 1919 gegründet wurde. Auch in Wertheim ist das genaue Datum der Neugründung unbekannt, aber bei den Kommunalwahlen 1919 trat eine Liste der SPD an.

Anschrift des Autors:
Markus M. Wieland, M. A.
Ebertsgarten 13
74847 Obrigheim-Muckelstein